



Islamische und migrantische Vereine in der Extremismusprävention

Ostwaldt, Jens (2020): Islamische und migrantische Vereine in der Extremismusprävention. Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven. Frankfurt/M. (382 S.)

Jens Ostwaldt untersucht in seiner Dissertation Aktivitäten islamischer und migrantischer Vereine im Bereich der Extremismusprävention. Der Autor will dazu beitragen, „eine fundierte Grundlage zur Einschätzung der Rolle islamischer und nicht-religiöser migrantischer Vereine und Verbände in der Präventionsarbeit zu erarbeiten, an der sowohl die Präventionspraxis als auch der wissenschaftliche Diskurs anknüpfen kann“ (Ostwaldt 2020: 10).

Forschungsinteresse

Ostwaldt beobachtet einen „signifikanten Zuwachs“ im „Spektrum der Präventionsarbeit von religiös begründetem Extremismus“ (Ostwaldt 2020: 9). Dieser hänge mit der Mittelvergabe von finanzstarken Förderprogrammen wie dem Bundesprogramm *Demokratie leben!* zusammen. Angesichts gesellschaftlicher Anforderungen beteiligten sich hieran auch zunehmend islamische und nichtreligiöse migrantische Vereine und Verbände. Die Studie fragt u.a. danach, welche Rolle die migrantischen und islamischen Vereine und Verbände in Projekten der Präventionsarbeit bisher einnehmen, welche Kompetenzen von ihnen eingebracht werden können, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind und unter welchen Bedingungen eine sinnvolle Einbindung gelingen kann (siehe a.a.O.: 10).

Theorie

Der Autor stellt zunächst theoretische und begriffliche Grundlagen und den empirischen Forschungsstand zu Ideologie und Erscheinungsformen des Salafismus in Deutschland dar sowie aktuelle Erkenntnisse der Radikalisierungs- und der Präventionsforschung. Zum besseren Verständnis soll er hier nachvollzogen werden.

(Neo-)Salafismus

Zur Bezeichnung einer extremistischen Ideologie, die sich auf den Islam beruft, werde heute häufig der Begriff des Salafismus verwendet. Ostwaldt weist darauf hin, dass sich der heutige Salafismus von seinem historischen Ursprung im 19. Jahrhundert stark unterscheidet. Zielte die damalige Bewegung noch auf religiöse Reformen und eine Verbindung von Islam und Moderne, so sei die heutige salafistische Bewegung eine dezidiert antimoderne Bewegung (siehe a.a.O.: 16, 17). Aufgrund dieser Verschiedenheit und weil der historische Salafismus bei vielen Muslim*innen positiv konnotiert sei, plädiert Ostwaldt dafür, den Begriff des Salafismus und des/der Salafisten/in nicht in der



pädagogischen Präventionsarbeit zu verwenden. Er schlägt stattdessen den Begriff des Neosalafismus vor (siehe a.a.O.: 22). Da dieser Begriff im internationalen wissenschaftlichen Diskurs jedoch nicht verbreitet sei, verwendet er ihn in seiner Arbeit nicht. Der heutige Salafismus lässt sich nach Ostwaldt in drei Varianten einteilen. Der puristische Salafismus beschränke sich hauptsächlich auf das eigene Leben, das traditionell und fromm geführt werde. Politische Ziele seien hierbei nicht vorhanden. Die eigene Weltsicht solle lediglich über Lehre und Erziehung verbreitet werden. Die anderen beiden Varianten werden politischer und dschihadistischer Salafismus genannt. Beide zielten auf eine Umgestaltung der Gesellschaft nach salafistisch interpretierten islamischen Werten. Verzichtete der politische Salafismus auf die Anwendung von Gewalt, befürwortet der dschihadistische diese jedoch explizit (siehe a.a.O.: 23). Der heutige Salafismus zeichne sich durch sein dichotomes Weltbild und ein striktes Freund-Feind-Denken aus. Im salafistischen Denken gebe es demnach keine Zwischentöne oder Graustufen, alles sei entweder eindeutig gut oder eindeutig schlecht. Eine solche Ideologie sei besonders für jene attraktiv, die nach Orientierung suchten und sich von individueller Verantwortung und Freiheit überfordert fühlten (siehe a.a.O.: 28). Was gut und was böse ist, könne für den Salafisten allein den Worten Gottes entnommen werden. Jedes vom Menschen geschaffene Regelwerk werde von den Salafisten daher abgelehnt. Ein weiteres Attraktivitätsmoment des Salafismus liege im Gemeinschaftsgefühl und einem Anspruch auf Exklusivität der eigenen Gruppe, was dem Individuum die eigene Aufwertung erlaube (siehe a.a.O.: 27). Selbst Diskriminierungserfahrungen und Gefühle der Fremdheit könne die salafistische Ideologie positiv wenden, wenn sie verkündet, dass es ein Zeichen für ein gottgefälliges Leben sein kann, wenn man von den sogenannten Gottlosen ausgegrenzt wird. Letztlich biete der heutige Salafismus auch eine Protestpraxis für Jugendliche mit dem Bedürfnis, sich von ihrer Vorgängergeneration abzugrenzen. In einer Zeit des scheinbar grenzenlosen Konsums werde in der radikalen Askese die Provokation gesucht. Diese könne umso attraktiver erscheinen, je mehr man aufgrund einer unterprivilegierten sozialen Stellung ohnehin zum Verzicht gezwungen werde (siehe a.a.O.: 33).

Radikalisierung

Ostwaldt merkt an, dass es keine einheitliche Verwendung des Radikalisierungsbegriffs gibt und in der Wissenschaft Uneinigkeit darüber besteht, welches Phänomen mit dem Begriff eigentlich beschrieben werden soll. Ostwaldt bezeichnet Radikalisierung als „die Entwicklung eines Menschen von unproblematischen hin zu problematischen Einstellungsmustern auf Grundlage eines religiös-ideologischen Wertesystems“ (a.a.O.: 37). Hingewiesen wird auf die Problematik, dass Einstellungen immer nur im Verhältnis zu einer Mainstream-Meinung als problematisch bezeichnet werden könnten. Die Forschung nenne eine Vielzahl Faktoren, die Radikalisierung beeinflussen, die auf der Ebene des Individuums, der Gruppe und der Gesellschaft wirkten.

Auf der individuellen Ebene gelte beispielsweise die Kombination von sozialer Desintegration und Unzufriedenheit mit den sozialen und politischen Verhältnissen als wichtiger Faktor für Radikalisierungsprozesse. Besonders die wahrgenommene Diskriminierung der Gruppe, zu der man sich zugehörig fühlt, könne zu dem Versuch führen, über eine Aufwertung der eigenen Gruppe und



den Rückzug in diese ein positives Identitätserleben aufzubauen (siehe a.a.O.: 43). Als bedeutendes Forschungsdesiderat beschreibt Ostwaldt die Untersuchung von Immunisierungsfaktoren gegenüber Radikalisierung, also die Frage nach dem Grund, warum Menschen sich unter denselben Bedingungen der Diskriminierung und der sozialen Desintegration nicht radikalieren. Gespalten sei der Diskurs in der Frage der Rolle der Religion für die Radikalisierung im Bereich des Salafismus. Grundsätzlich ständen sich hierbei die Konzepte einer Islamisierung der Radikalität und der Radikalisierung des Islams gegenüber (siehe a.a.O.: 46). Im ersten Fall biete die Religion lediglich einen ideologischen Rahmen für eine bereits bestehende Tendenz zur Radikalisierung. Im zweiten Fall gehe man von einer Verbreitung orthodoxer, traditionalistischer und fundamentalistischer Glaubensauslegung in muslimischen Milieus aus, die eine Anschlussstelle für salafistische Radikalisierung böten.

Neben individuellen Faktoren gebe es auf der Gruppenebene weitere dynamische Einflüsse auf Radikalisierungsprozesse. Am Anfang stehe oft das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Anerkennung, Respekt und Geborgenheit. Dieses sei besonders ausgeprägt bei Jugendlichen mit geschwächtem Selbstwertgefühl, das durch Diskriminierung und Stigmatisierung verursacht werden könne (siehe a.a.O.: 49). Radikalisierte Gruppen könnten solche Menschen binden, indem sie ihnen die Befriedigung dieser Bedürfnisse erfüllen. Innerhalb der Gruppe wirkten dann Prozesse, die eine Radikalisierung motivieren. Zu nennen sei hier die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls durch die Konstruktion von Feindbildern und der Abgrenzung nach außen sowie Überbietungswettkämpfe der Radikalität innerhalb der Gruppe oder mit anderen Gruppen. Peer-Pressure und Konformitätsdruck würden zudem zu Intoleranz und dichotomen Denken führen (siehe a.a.O.: 51, 52). Schließlich komme auf gesellschaftlicher Ebene noch die Wahrnehmung der kollektiven Diskriminierung aller Menschen muslimischen Glaubens als wichtiger Radikalisierungsfaktor hinzu. Das verbreitete Narrativ vom Krieg des Westens gegen den weltweiten Islam begünstige die Rekrutierungsbemühungen radikaler Gruppen (ebd.).

Für das Forschungsvorhaben suchte Ostwaldt eine Definition von Radikalisierung, die präzise und ganzheitlich und auch in der Präventionspraxis anwendbar sei. Radikalisierung soll für Ostwaldt, im Konsens mit der Forschung, als prozesshaft, nichtlinear und multifaktoriell verstanden werden (siehe a.a.O.: 53). Als geeignet zeige sich der Depluralisierungsansatz. Demzufolge sei Radikalisierung als Ideologisierung zu fassen, in deren Verlauf das Subjekt sich Probleme immer mehr einseitig erklärt und sich der Gestaltungsspielraum für Reaktionen immer weiter verengt. Am Ende bleibe häufig Gewalt, bis hin zum Terrorismus, die einzig wahrnehmbare Lösung.

Pädagogisch relevant sei dieses Konzept, da es ein Gegensteuern als Repluralisierung ermögliche (siehe a.a.O.: 53). Hierbei sei das Ziel, die Erweiterung von Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Bis es jedoch zu einem Depluralisierungsprozess komme, hätten zuvor komplexe Prozesse eine Empfänglichkeit für radikalisierende Ansprachen geschaffen. Diese Empfänglichkeit bezeichnet Ostwaldt als kognitive Öffnung. Dieser liege eine relative Deprivation zugrunde, d.h. ein Missverhältnis zwischen erwartetem und in Anspruch genommenen und realem, durch



Diskriminierung beeinflussten, sozialen Status. Für die pädagogische Praxis schlägt Ostwaldt des Weiteren das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) vor, um salafistisch anmutende Äußerungen Jugendlicher einzuordnen. Dies ermögliche, den radikalen ideologischen Inhalt von der religiösen Form zu unterscheiden (siehe a.a.O.: 59).

Prävention

Prävention bezeichnet für Ostwaldt das Bemühen zur Verhinderung des „Eintretens eines unerwünschten Ereignisses“ bzw. die Verminderung von Faktoren, die das Eintreten begünstigen (a.a.O.: 96). Er unterscheidet bei präventiven Maßnahmen primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Diese Unterteilung orientiert sich am Zeitpunkt des Eintretens des unerwünschten Ereignisses. Der primären Prävention dienen demnach Maßnahmen, die vor dem Eintreten des unerwünschten Ereignisses getroffen werden. Sekundäre Maßnahmen versuchen, eine Verfestigung des Unerwünschten zu verhindern und tertiäre Maßnahmen dienen der Verhinderung von wiederholendem Auftreten. Akteur*innen in der Präventionsarbeit müssten bei der Konzeption ihrer Projekte genau bestimmen, welche Verhaltensweisen und Einstellungen als unerwünscht definiert werden sollen. Ein Problem jeglicher Präventionsarbeit sei damit die unvermeidliche Logik des Verdachts, die notwendig defizitorientiert sei. Der Bestimmung von Zielgruppen könne deshalb eine Stigmatisierung von Menschengruppen zur Folge haben, da sie unter Generalverdacht gestellt würden (siehe a.a.O.: 101). Da Präventionsprojekte mit großen Summen durch Bundesprogramme wie etwa Demokratie leben! gefördert werden, drohe ein inflationärer Gebrauch des Begriffs der Prävention. Auch ressourcenorientierte Angebote würden mit dem Präventionsbegriff gelabelt, um Fördergelder beantragen zu können. Die aktuelle Förderstruktur bringe außerdem die Projektträger dazu, allzu große Versprechungen bezüglich der Wirksamkeit ihrer Angebote zu machen. Diese seien jedoch unbegründet. Generell sei es sehr schwierig, die Wirksamkeit von Präventionsangeboten zu messen, da sich ihr Ergebnis auf die Zukunft beziehe (a.a.O.: 105). Bleibe das unerwünschte Ereignis bei Teilnehmenden von Präventionsangeboten zukünftig aus, ließe sich dies jedoch nicht ursächlich als Wirkung der Teilnahme nachweisen.

Forschungsdesign

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden für die qualitative Studie 21 Interviews mit Vertreter*innen von islamischen und nichtreligiösen migrantischen Vereinen geführt, die sowohl Projekte der Extremismusprävention umsetzen als auch keine entsprechenden Projekte durchführen (a.a.O.: 132). Um eine subjektive Schwerpunktsetzung der Interviewpartner*innen zu ermöglichen, jedoch auch auf wissenschaftliches Vorwissen nicht zu verzichten, entschied sich der Autor für eine leitfadengestützte problemzentrierte Interviewführung (siehe a.a.O.: 127). Ziel war es, eine größtmögliche Offenheit der Interviewsituation herzustellen und gleichzeitig eine thematische Struktur anzubieten. Hierfür wurde das Interview in theoriebasierte thematische Blöcke eingeteilt, die jeweils mit einem „offenem Grundreiz“ eröffnet wurden, der im Anschluss von konkreten Nachfragen ergänzt wurde (a.a.O.: 129). Die erhobenen Daten wurden anschließend mittels einer



„inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse“ ausgewertet (a.a.O.: 136). Dieses Vorgehen erlaubt eine deduktive (aus der Theorie abgeleitete) und induktive (aus dem Datenmaterial abgeleitete) Kategorienbildung und kann somit gleichzeitig hypothesentestend und hypothesenbildend genutzt werden (ebd.). Den Abschluss bilden „fallbezogene thematische Summaries“, welche die Ergebnisse der Auswertung zusammenfassen (a.a.O.: 137).

Ergebnisse

Konzeption der Präventionsprojekte und Trägerstrukturen

Die Ausrichtung der Präventionsprojekte folge der Ausrichtung der Vereine und Verbände als islamische bzw. nichtreligiöse Organisation, stellt Ostwaldt als ein Ergebnis fest. Dies sei jedoch bei den islamischen Vereinen und Verbänden stärker ausgeprägt als bei den nichtreligiösen (siehe a.a.O.: 281). Bemerkbar mache sich die spezifische Ausrichtung bei den Projekthaltungen und Methoden, dem Personal sowie der Zielgruppe. So legten zwar sowohl islamische als auch nichtreligiöse migrantische Vereine und Verbände Wert auf die Authentizität des Personals, doch betonten die islamischen Organisationen die Bedeutung von Mitarbeiter*innen muslimischen Glaubens oder muslimischer Sozialisation stärker als die nichtreligiösen migrantischen Organisationen die Bedeutung von Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte (siehe a.a.O.: 279 f.). Islamische Organisationen in der Präventionsarbeit zeigten eine „Fokussierung nach innen“, richteten sich also an Personen aus den eigenen Vereins- und Verbandstrukturen, während die nichtreligiösen Einrichtungen eine „Fokussierung nach außen“ aufwiesen, also mit externen Partner*innen zusammenarbeiteten (siehe a.a.O.: 276). Diese externen Partner*innen sind Institutionen wie das Jobcenter, der Jugendstrafvollzug oder die Jugendgerichtshilfe. Ostwaldt zufolge zeigt sich hier, dass die islamischen Vereine und Verbände die Präventionsprojekte nutzen, um neue Netzwerke aufzubauen und Kooperationspartner*innen zu gewinnen, während die nichtreligiösen migrantischen Organisation auf bereits stark ausgebildete Netzwerke zurückgreifen können (siehe ebd.).

Ein weiterer Befund ist, dass die Vereine und Verbände, die keine Projekte der Präventionsarbeit beantragt und umgesetzt haben, nicht über Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe gefördert werden und nicht als Zusammenschluss von Mitgliedsvereinen konstituiert sind. Sie verfügen meist nicht über hauptamtliche Strukturen. Der Autor schließt daraus, dass der Grad der Professionalisierung als zentrales Merkmal für die Umsetzung von Präventionsprojekten betrachtet werden muss (siehe a.a.O.: 281). Paradox sei, dass gerade die Projektumsetzung Chancen der Professionalisierung biete. Nicht nur neue Kontakte zu Kooperationspartnern, sondern auch die Aneignung von Handlungswissen über Projektabwicklung und Fachwissen in den Themenfeldern Salafismus und Extremismus sowie die Einstellung von Fachpersonal und das Wirken von Erfahrungen auf den Regelbetrieb, förderten eine Professionalisierung der Strukturen (siehe a.a.O.: 283).

Professionalisierungsbedarf attestiert Ostwaldt insbesondere den islamischen Vereinen. Diese hätten „ein erhebliches Defizit an theologischer und pädagogischer Betreuung vor allem junger Menschen“ (a.a.O.: 285). Besonders hervorgehoben wird der Befund, dass zwar alle islamischen Vereine und Verbände schon Kontakt zu radikalisierten Personen oder Gruppen hatten, sie für den Umgang mit diesen jedoch nicht über Konzepte und Strategien verfügten. Aufgrund mangelnder Kompetenz und der Angst vor gesellschaftlicher Stigmatisierung und staatlicher Überwachung reagiere man in erster Linie mit dem Ausschluss dieser Personen aus der Moscheegemeinde (siehe a.a.O.: 284). So könne zwar der vermutete Zugang zum Phänomenbereich Radikalisierung bestätigt werden, der unterstellten Kompetenz im Umgang mit radikalisierten Personen müsse jedoch widersprochen werden (ebd.).

Alle untersuchten Einrichtungen berichteten in den Interviews von interner Skepsis gegenüber dem Vorhaben, Präventionsprojekte umzusetzen. Die nichtreligiösen migrantischen Vereine und Verbände zweifelten vor allem an der Vereinbarkeit von Präventionsarbeit und dem Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe. Interne Diskussionen in islamischen Verbänden und Vereinen drehten sich hingegen um die Sorge, dass man mit einer Umsetzung von Präventionsprojekten dem Zusammenhang von Islam und Radikalisierung zustimmen würde. Außerdem befürchte man, dass eine staatliche Förderung zu staatlicher Kontrolle führen würde (siehe a.a.O.: 282). Bei den Vereinen und Verbänden, die keine Projekte beantragt hatten, sei die Skepsis überwiegend mit einem Mangel an Ressourcen und Qualifikation begründet worden.

Die Rolle von islamischen und nichtreligiösen migrantischen Organisationen in der Präventionsarbeit

Die Vereine und Verbände wurden gefragt, welche Rolle sie islamischen und nichtreligiösen migrantischen Einrichtungen in der Präventionsarbeit zuschreiben, wie sie diese Zuschreibung begründen und unter welchen Bedingungen sie gilt. Islamische Einrichtungen sehen sich aufgrund ihrer Identität in der Verantwortung, sich in der Radikalisierungsprävention zu betätigen. Betont wird jedoch, dass hierfür entsprechende Strukturen und Kompetenzen vorhanden sein müssen. Eine weitere Legitimation ergibt sich für die Befragten daraus, dass islamische Einrichtungen besser und mehr muslimische Jugendliche erreichen. Sie sehen jedoch auch Defizite in der Qualität der Betreuung dieser Jugendlichen und bei den pädagogischen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen der Moscheegemeinden (siehe a.a.O.: 289). Imamen wird zudem Unkenntnis der Lebenswelt Jugendlicher unterstellt. In diesem Punkt wird wiederum den nichtreligiösen migrantischen Vereinen der Kinder- und Jugendhilfe eine besondere Kompetenz zugeschrieben.

Vermutete Ursachen der Radikalisierung

Alle Befragten sehen einen starken Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Diskriminierungserfahrungen (siehe a.a.O.: 300). Die mehrheitliche Perspektive betrachtet Radikalisierung als eine Reaktion auf Diskriminierung. Hierin zeigt sich für Ostwaldt ein Verständnis von Selbstbestimmtheit der sich Radikalisierenden. Eine andere Perspektive sieht Radikalisierung als



Endstadium von Diskriminierung und geht somit eher von der Fremdbestimmtheit der Radikalierten aus (siehe ebd.). Der Autor will Diskriminierung hingegen als einen Faktor verstanden wissen, der lediglich die Vulnerabilität für radikale und radikalisierte Angebote erhöht. Zudem würden unbefriedigte Bedürfnisse wie Orientierung und Zugehörigkeit von den Befragten als Gründe für Radikalisierungsprozesse angesehen. Nichtreligiöse migrantische Einrichtungen sehen zudem einen Zusammenhang von Radikalisierung und psychopathologischen Faktoren. Dieser Zusammenhang ist Ostwaldt zufolge jedoch empirisch mehrfach widerlegt worden (siehe a.a.O.: 301).

Als besondere Herausforderung wird die wechselseitige Radikalisierung von islamistischen und rechtsextremen Gruppen und Personen betrachtet, die jeweils die Gewalt und Ideologie der anderen zur Legitimation der eigenen Position heranziehen (siehe a.a.O.: 302). Einigkeit besteht bei den Befragten in der Einschätzung der Rolle der islamischen Religion bei Radikalisierungsprozessen, die als minimal betrachtet wird. Welche Bedeutung der Bildung zukommt, wird unterschiedlich eingeschätzt. Vereine, die keine Präventionsprojekte umsetzen, gingen davon aus, dass eine hohe Bildungsaspiration gegenüber Radikalisierungsangeboten immunisiert. Sowohl islamische als auch nichtreligiöse Einrichtungen, die bereits Projekte der Präventionsarbeit umgesetzt haben, verwiesen hingegen darauf, dass Radikalisierungsangebote auf emotionale Bedürfnisse abzielen, gegen die Bildung nicht immunisieren könne (siehe a.a.O.: 305).

Präventionsverständnis

Ostwaldt stellt fest, dass unter den Befragten vielfältige Kenntnisse über verschiedene Definitionen und Konzepte von Präventionsarbeit vorhanden sind. Diese seien jedoch uneinheitlich und unsystematisch, sodass eine Anbindung an den Fachdiskurs, eine Verständigung unter den Projekten und ein Vergleich der in den Projekten vorhandenen Präventionsverständnisse schwierig sei (siehe a.a.O.: 315). Ein spezifisches Verständnis von Präventionsarbeit sei zudem erst durch die Konzeptionierung und während der Umsetzung der eigenen Projekte entstanden. Ostwaldt konnte dennoch für jedes Sampling ein Präventionsverständnis rekonstruieren. Demnach bestehe ein Zusammenhang zwischen der Ausrichtung der Organisation und den vorhandenen Präventionsverständnissen (siehe a.a.O.: 312). Für die islamischen Vereine und Verbände komme der Religion eine bedeutende Stellung zu. Für diejenigen, die Präventionsprojekte umsetzen, handelt es sich bei Präventionsarbeit im Kontext religiös begründeter Radikalisierung um Jugendarbeit mit religiösem Inhalt. Allerdings wird die reine Vermittlung von religiösem Wissen bzw. des wahren Islams in Abgrenzung zum Islamismus als „Antipropaganda“ abgelehnt (siehe a.a.O.: 175). Stattdessen sollte etwa auch politische Bildung einbezogen werden. Diejenigen islamischen Vereine, die keine Projekte umsetzen, verstehen Präventionsarbeit eher als religiöse Bildung und Erziehung, die es ermöglichen soll, durch religiöses Wissen radikalisierten Angeboten kritisch zu begegnen, und welche die Teilhabechancen der Jugendlichen verbessern soll. Die nichtreligiösen migrantischen Vereine, die Projekte umsetzen, verstehen Präventionsarbeit als Jugendarbeit mit präventivem Blick und bestehen auf einem lebenswelt- und ressourcenorientierten Ansatz. Religiösen Angeboten komme hier eine Ergänzungsfunktion zu. Diejenigen Befragten, die keine Präventionsprojekte



umsetzen, verstanden hingegen Integration und Partizipation als Prävention, wozu etwa auch der Sprachkompetenzerwerb gehören kann (siehe a.a.O.: 313). Ostwaldt folgert aus den divergierenden Präventionsverständnissen, dass mit zunehmender Professionalisierung und fachlicher Auseinandersetzung die Anerkennung von Methoden- und Perspektivenvielfalt zunimmt (siehe ebd.).

Wahrnehmung des gesellschaftlichen Diskurses

Die Interviewten nehmen eine Zunahme an „islam- und fremdenfeindlichen Einstellungen“ wahr (a.a.O.: 317). Der gesellschaftliche und politische Diskurs um Islam und Migration sowie Muslim*innen und Migrant*innen wird als stigmatisierend empfunden. Insbesondere die islamischen Vereine sehen sich vor dem Problem, präventiv gegen religiös begründeten Extremismus zu arbeiten, bei gleichzeitiger Zurückweisung der Instrumentalisierung dieses Phänomens durch rechtspopulistische Kräfte. Die eigene Teilnahme am Diskurs wird durch eine fehlende Infrastruktur erschwert (siehe a.a.O.: 318). Dass das ehrenamtliche Engagement in Moscheen oder islamischen Organisationen gesellschaftlich nicht anerkannt sei, erschwere den Verbänden die Professionalisierung zusätzlich, was wiederum den Aufbau einer solchen Infrastruktur behindere. Die Stigmatisierung durch den gesellschaftlichen Diskurs erzeuge somit sich gegenseitig verstärkende Effekte. Ostwaldt fordert deshalb, dass sich sowohl die islamischen und nichtreligiösen migrantischen Akteur*innen selbst als auch andere zivilgesellschaftliche und staatliche Einrichtungen um eine stärkere Beteiligung der islamischen und nichtreligiösen migrantischen Vereine und Verbände am gesellschaftlichen Diskurs bemühen (siehe a.a.O.: 319).

Entwicklungsbedarfe und zukünftige Herausforderungen

Islamische Vereine in der Präventionsarbeit sehen die Notwendigkeit fachlicher Weiterentwicklung der Projekte und einer Hinterfragung von Ansätzen und Methoden. Die nichtreligiösen migrantischen Organisationen sehen den Weiterentwicklungsbedarf eher in der Ausweitung der Projekte in der Breite durch bessere Zielgruppenerreichung, weshalb eine höhere finanzielle Förderung gefordert wird (siehe a.a.O.: 322). In Bezug auf die Zusammenarbeit von Präventionsprojekten, Geldgebern und wissenschaftlicher Begleitung wird um mehr Vertrauen und eine konstruktive Fehlerkultur gebeten. Fehlschläge und Misserfolge dürften nicht zu Sorge um zukünftige Förderungen führen. Zusätzlich wird eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Projektumsetzung, auch über die Evaluation hinaus, als wünschenswert betrachtet. Für die islamischen Verbände wird die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung der Moscheen gegenüber Kooperationspartnern betont (siehe a.a.O.: 223). Als große inhaltliche Herausforderung wird das Phänomen der „nationalistisch-islamistischen Synthese“ betrachtet (a.a.O.: 324). Dieses nehme im Kontext einer doppelten Stigmatisierung von muslimischer und türkischer Identität zu, die von radikalisierenden Akteur*innen instrumentalisiert werde. Diese Entwicklung stell pädagogische Fachkräfte vor steigende Anforderungen. Schließlich wird sowohl von islamischen als auch von nichtreligiösen migrantischen Vereinen für eine langfristige Förderung geworben. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Einbindung in Regelförderungen fordern die einen



eine langfristige, stärkere Förderung von Projekten und die anderen eine bessere Regelförderung der Jugendhilfe (ebd.).

Handlungsempfehlungen

Die präventionsspezifischen Kompetenzen sind laut Autor vor allem bei Vereinen und Verbänden zu finden, die im Rahmen von Regelförderungen professionelle Strukturen aufbauen konnten (siehe a.a.O.: 329). Er schlägt deshalb vor, die mögliche Rolle eines Vereins in der Präventionsarbeit anhand des Professionalitätsgrades zu bewerten. Kooperationen böten die Chance, verschiedene Kompetenzen und Perspektiven zusammenzubringen. Islamische Vereine sollten jedoch auch als Kooperationspartner Fördergelder für die personelle Ausstattung bekommen (a.a.O.: 330). Mitarbeiter*innen in der öffentlichen Verwaltung und den Sicherheitsbehörden rät Ostwaldt, eine höhere Sensibilität dafür zu entwickeln, dass Präventionsarbeit von muslimischen Organisationen auch zu Stigmatisierung führen kann, da sie ein Gefährdungspotenzial der eigenen Zielgruppe impliziert. Die muslimischen Organisationen wiederum sollten interne Diskussionen über Ziele und Verständnisse führen, um organisationsinterne Akzeptanz der Projekte und Rückhalt in der eigenen Community zu erlangen (siehe a.a.O.: 330, 331). Ostwaldt spricht sich dafür aus, die Konzepte Antidiskriminierung, Präventionsarbeit und ressourcenorientierte Jugendarbeit stärker zu unterscheiden. Antidiskriminierungsarbeit und Präventionsarbeit gleichzusetzen, stelle von Diskriminierung Betroffene unter Generalverdacht und stigmatisiere sie auf diese Weise doppelt. In Abgrenzung zur Jugendarbeit sei zwischen direkten Präventionsangeboten und stärkenden Angeboten mit präventiver Wirkung zu unterscheiden (siehe a.a.O.: 332). Aus diesen Gründen sei auch die thematische Engführung auf Prävention in Förderprogrammen aufzugeben; islamische und nichtreligiöse migrantische Vereine seien auch in andere Bildungsbereichen einzubeziehen. Eine bessere Projektbegleitung und Evaluation würden lernfördernd auf Vereine wirken. Eine konstruktive Fehlerkultur sei hierfür dringende Voraussetzung (siehe a.a.O.: 334).

Anmerkungen der Fachstelle politische Bildung

Wer könnte für Präventionsarbeit im Bereich des Islamismus besser geeignet sein als muslimische Vereine und Verbände? Ein enger Kontakt zur Zielgruppe und spezifisches Fachwissen sollte diese prädestinieren. So lautet zumindest die vorempirische Annahme im gesellschaftlichen und politischen Diskurs sowie in der Projektförderung von Präventionsprogrammen. Dass diese Merkmale durchaus hilfreich für die Arbeit sein können, aber bei weitem nicht ausreichen, zeigt Jens Ostwaldt in seiner Studie zu islamischen und migrantischen Vereinen in der Extremismusprävention. Viel entscheidender, so der Autor, seien der Grad der Professionalisierung, vor allem die Arbeit von Hauptamtlichen, sowie ausreichende pädagogische Kompetenzen. Sowohl islamische als auch nichtreligiöse migrantische Vereine sehen sich laut seiner Untersuchung in der Verantwortung, in der Präventionsarbeit aktiv zu sein. Ob jedoch Projekte geplant und umgesetzt würden, hängt von den



verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten ab. Eine besondere Chance ergebe sich dadurch, dass eine Umsetzung von Präventionsprojekten zum Aufbau oder zur Verbesserung der Professionalisierung führen könne. Den wechselseitigen Zusammenhang von Projektumsetzung und Strukturaufbau aufzuzeigen, ist ein Verdienst dieser Studie.

Bezugsquelle: <https://www.wochenschau-verlag.de/Islamische-und-migrantische-Vereine-in-der-Extremismuspraevention/40999>